

Stassen, Harold E.

Article — Digitized Version

Amerikas Zusammenarbeit mit der freien Welt: Zusammengestellt aus Vorträgen und Veröffentlichungen von Harold E. Stassen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Stassen, Harold E. (1954) : Amerikas Zusammenarbeit mit der freien Welt: Zusammengestellt aus Vorträgen und Veröffentlichungen von Harold E. Stassen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 12, pp. 675-678

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132000>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ABHANDLUNGEN

MACHTBLÖCKE DER WELTWIRTSCHAFT

Die weltwirtschaftliche Gliederung wird gegenwärtig von einigen Machtblöcken getragen, die unter eigenen wirtschaftspolitischen Gesetzen stehen, sich teils überlagern, sich teils ergänzen, eine Zusammenarbeit erstreben oder auch sich voneinander abschließen. Das Nachkriegsidol der Vereinigten Staaten, aus gegenseitiger Wirtschaftshilfe die „Eine Welt“ aufzubauen, das von Anbeginn von dem wachsenden Nationalbewußtsein der unterentwickelten Gebiete mit Mißtrauen betrachtet worden ist, hat den machtpolitischen Realitäten weichen müssen. Die traditionsgebundenen Wirtschaftseinheiten sowohl wie die neu entstandenen Zweckverbände folgen ihrer eigenen Zielsetzung, wenn sie auch im Rahmen der westlichen Welt zu einer fortschreitenden Intensivierung ihrer Zusammenarbeit bereit sind. Durch die Isolierung der östlichen Welt ist aber in diese wirtschaftliche Mächtigkeitsgruppierung ein ausgesprochen politisches Moment getreten. So ist es heute nicht mehr möglich, das wirtschaftliche Kräftespiel ohne seine politische Fundierung zu betrachten. Wir wollen den Versuch machen, die verschiedenen Konzeptionen dieser wirtschaftlich-politischen Machtgebilde durch berufene Vertreter darstellen zu lassen. Wir hoffen, daß diese Absicht, die wir zur Jahreswende im Dezember- und im Januarheft verwirklichen wollen, auf das Interesse unserer Leser stößt.

Amerikas Zusammenarbeit mit der freien Welt

Zusammengestellt*) aus Vorträgen und Veröffentlichungen von
Harold E. Stassen, Washington

ZEITPLAN DER ZUSAMMENARBEIT IN WESTEUROPA

Die Geschichte der Auslandshilfe an Europa nach dem letzten Kriege bietet ein Bild wechselnden Schwergewichts: zunächst auf Unterstützung, dann auf Wiederaufbau und schließlich auf Wiederaufrüstung. Der Vorläufer des Marshallplans war das Unterstützungsprogramm. Zwischen 1944 und 1947 wurden von den USA größere Mittel zur UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) beigesteuert als von allen anderen Nationen zusammen. Der Zweck dieser Mittel war laut Vertrag, „daß unmittelbar nach der Befreiung eines Gebiets durch die Streitkräfte der Vereinten Nationen, oder als Folge eines Rückzuges der Feindkräfte, der Bevölkerung dieses Gebiets Hilfe und Unterstützung in ihrer Notlage zu gewähren sind, Lebensmittel, Bekleidung und Unterkunft, Hilfe bei der Verhütung von Epidemien und in der Wiederherstellung hygienischer Lebensbedingungen, und daß Vorbereitungen und Maßnahmen zu treffen sind für die Rückkehr von Gefangenen und Vertriebenen in ihre Heimat sowie zur Unterstützung bei der Wiederaufnahme der dringend benötigten landwirtschaftlichen und industriellen Produktion und in der Wiederherstellung wichtiger Dienste...“.

Während der unmittelbaren Nachkriegsjahre, als wir uns vor allen Dingen mit dem Unterstützungsprogramm beschäftigten, als unsere Anstrengungen dem Wohlergehen von Millionen vom Krieg betroffener Menschen galten, bewiesen die Sowjets ihre wachsende Entschlossenheit, weitere Millionen zu versklaven: Von den Kommunisten ausgehaltene Partisanentruppen hielten Griechenland in Aufruhr und bedrohten seine innere Sicherheit. Der Kreml übte starken Druck auf die unmittelbar benachbarte Türkei aus, um Kon-

zessionen und Einflußmöglichkeiten auf die Dardanellen zu erhalten und seinen Anspruch auf zwei türkische Provinzen durchzusetzen.

Im Laufe der Zeit wurde offenkundig, daß es der Gemeinschaft der Völker ohne einen Plan zum wirtschaftlichen Wiederaufbau nicht gelingen würde, die allgemeine Wirtschaftstätigkeit schnell wieder zu beleben, und am 5. Juni 1947 wurde das Schwergewicht von der Unterstützung auf den Wiederaufbau verlegt. Es war der General George C. Marshall, der ein Ende der sporadischen Hilfsaktionen forderte. In einem Appell an alle europäischen Nationen, gemeinsam mit den USA einen Plan zum Wiederaufbau zu veröffentlichen, erklärte er: „Es ist logisch, daß die USA alles in ihren Kräften Stehende tun sollten, um an der Rückkehr zu normalen Wirtschaftsbeziehungen in der Welt mitzuarbeiten, ohne die es politische Stabilität und einen gesicherten Frieden nicht geben kann. Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder irgendeine Weltanschauung, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos. Ihr Zweck ist das Wiedererstehen einer weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit, um die Schaffung politischer und sozialer Bedingungen zu ermöglichen, in denen demokratische Einrichtungen bestehen können.“

Im Juli 1947 traten die Vertreter von 16 Nationen in Paris zusammen, um die Mindestanforderungen für ein wirksames Wiederaufbauprogramm zu erörtern und festzulegen. Die Sowjetunion lehnte den Marshallplan ab und zwang ihre Satelliten, die Konferenz zu boykottieren. Während der Diskussionen der nächsten Monate nahm die politische Entwicklung in Europa einen stürmischen Verlauf:

Am 5. Oktober 1947 trafen sich kommunistische Delegierte aus 9 europäischen Nationen auf einer Geheimkonferenz in Polen und beschlossen, die 1943 aufgelöste Kommunistische Internationale (Komintern) unter dem neuen Namen Kominform (Kommunistisches Informationsbüro) wiedererstehen zu lassen. — Am 30. Dezember 1947 verzichtete König Michael von Rumänien auf den Thron, und die von den Kommunisten kontrollierte Regierung in Bukarest proklamierte eine „Volksrepublik“. — Am 25. Februar 1948 akzeptierte der tschechoslowakische Ministerpräsident Eduard Benesch das kommunistische Ultimatum, ein pro-sowjetisches Kabinett zu bilden und dem russischen Block in Osteuropa beizutreten. — Alarmiert durch den sowjetischen Coup in der Tschechoslowakei, beschlossen die Ministerpräsidenten und die Außenminister von Belgien, Holland und Luxemburg auf der Brüsseler Konferenz, einen britisch-französischen Vorschlag eines Verteidigungspaktes anzunehmen; am 17. März 1948 wurde ein Fünfmächte-Sicherheitspakt mit einer Laufzeit von 50 Jahren unterzeichnet. — Am 1. April 1948 eröffnete die sowjetische Militärregierung in Berlin eine Landblockade der westalliierten Sektoren der Stadt.

Am 2. April 1948 billigte der amerikanische Kongreß den Marshallplan durch Verabschiedung des Economic Cooperation Act of 1948. Innerhalb von zwei Jahren hatten der Handel sowie die Industrie- und die Agrarproduktion Europas den Vorkriegsstand überschritten. Man rechnete mit einem Finanzbedarf von 17 Mrd. \$ in vier Jahren, um die Zielsetzung des Marshallplans zu verwirklichen. Nach nur drei Jahren und nach Ausgaben von nur 60 % der veranschlagten Summe hatte der Marshallplan bereits das erreicht, wozu er geschaffen worden war. Bis Mitte 1952 lag die Industrieproduktion Westeuropas um fast 40 % über dem Vorkriegsstand, und die Agrarproduktion hatte das Vorkriegsergebnis um rund 15 % überschritten.

Während die Marshallplanhilfe den größten Teil Westeuropas wieder auf eine gesunde wirtschaftliche Grundlage stellte, unterlag Nationalchina dem stetigen kommunistischen Vormarsch. Am 22. Januar 1949 wurde Peking endgültig von den nationalistischen Truppen aufgegeben, und damit war die Schlacht um China verloren. — Am 4. April 1949 wurde der gegen bewaffnete Aggression gerichtete Nordatlantikkpakt von den USA, Kanada und 10 westeuropäischen Nationen unterzeichnet. Der Pakt wurde im Juli des gleichen Jahres vom amerikanischen Senat ratifiziert. — Am 25. Juni 1950 änderten die Führer im Kreml ihre Taktik von der Unterwühlung von innen in nackte Aggression. Nordkoreanische Truppen unter kommunistischer Führung überschritten den 38. Breitengrad. Die Vereinten Nationen traten dem Angriff schnell entgegen, und bewaffnete Einheiten aus 21 Nationen landeten in Korea, um die Invasionstruppen aufzuhalten und zurückzuwerfen.

An diesem Punkt wurde der Übergang vom Wiederaufbau zur Wiederaufrüstung vollzogen. Nachdem in einem Teil der Welt eine Aggression stattgefunden hatte, war es offensichtlich, daß kein anderer Teil vor ihr sicher sein konnte. Im Januar 1951 erfolgte die Übernahme des Kommandos über die NATO-Streitkräfte durch General Eisenhower. Die NATO, die bisher nur auf dem Papier bestanden hatte, wurde nunmehr zum Fundament, auf dem eine starke Macht als Warnung vor weiteren Angriffen aufgebaut werden sollte.

Die USA setzten ihre Unterstützung der Nationalwirtschaften der freien Welt fort, aber der Zweck war nun nicht mehr Wiederaufbau. Das neue Ziel war die Aufrechterhaltung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse, die die betreffenden Länder in die Lage versetzen sollten, die Belastung einer militärischen Aufrüstung durchzuhalten, ohne durch eine Überbeanspruchung ihrer begrenzten Wirtschaftskraft die Gefahr einer Re-

volution heraufzubeschwören. So wurde es der Sinn des Programms zur gegenseitigen Sicherheit:

„... die Sicherheit der USA zu gewährleisten und ihre Außenpolitik zu fördern, ... die gegenseitige Sicherheit sowie die individuelle und kollektive Verteidigungskraft der freien Welt zu stärken, ihr Wirtschaftspotential im Interesse ihrer Sicherheit und Unabhängigkeit und im nationalen Interesse der USA zu entwickeln und die wirksame Beteiligung dieser Länder am kollektiven Sicherheitssystem der Vereinten Nationen zu erleichtern.“¹⁾

DIE NOTWENDIGKEIT EINES PROGRAMMS AUF GEGENSEITIGKEIT

Es hatte die Hoffnung bestanden, daß der Menschheit aus den Zerstörungen des zweiten Weltkrieges, aus dem fortgesetzten Bombenkrieg, aus den zahllosen für die Sache der Freiheit gebrachten Menschenopfern die Erkenntnis gekommen sei, daß die bestehenden Gegensätze sich durch Krieg nicht lösen lassen. Es ist unglaublich, daß es auf der Welt immer noch eine Nation und politische Machthaber gibt, die zur Durchsetzung territorialer Ansprüche einen Krieg riskieren und ihre Bevölkerung dem verwerflichen Anspruch auf Welt Herrschaft opfern würden. Es ist unglaublich, aber es ist so.

Im Angesicht der furchtbaren Möglichkeiten eines dritten Weltkrieges ist Amerika zum verantwortlichen Führer der freien Völker der Welt aufgestiegen. Die freien Völker haben sich zusammengeschlossen in einer gemeinsamen Anstrengung, jede weitere sowjetische Aggression zu verhindern. Darüber hinaus haben sich die freien Völker zusammengefunden in einer entschlossenen Anstrengung, gemeinsam an den Früchten des Fortschritts der Menschheit teilzuhaben, den Bevölkerungen der unterentwickelten Gebiete die Möglichkeit zu geben, den Hunger zu besiegen, einen erfolgreichen Kampf gegen die Krankheit zu führen und der Segnungen der Erkenntnis teilhaftig zu werden.

Unsere Rüstungsprogramme erfordern zwangsläufig große finanzielle Mittel. Sie belaufen sich auf Milliardenbeträge. Ich möchte jedoch betonen, daß es sich bei diesem Programm der militärischen Zusammenarbeit um ein Programm auf Gegenseitigkeit in jedem Sinne des Wortes handelt. Seit Begründung der NATO-Allianz haben wir Waffen im Werte von 5,8 Mrd. \$ nach Westeuropa gesandt. Während des gleichen Zeitraums haben die gemeinsamen Verteidigungsausgaben unserer westeuropäischen Verbündeten den Betrag von 35 Mrd. \$ erreicht. Innerhalb von drei Jahren hat sich die Stärke der NATO-Streitkräfte verdreifacht. In den gleichen drei Jahren hat sich der Umfang der Luftstreitkräfte um das Zweieinhalbfache vergrößert, und der NATO-Luftwaffenführung stehen heute 4000 Flugzeuge zur Verfügung.

Das Ergebnis dieser Verteidigungsanstrengungen war nicht der Krieg, den die Propheten des Unheils vorausgesagt haben. Ich darf darauf hinweisen, daß seit der Organisation der NATO nicht ein Fußbreit europäischen Gebiets der kommunistischen Aggression zum Opfer gefallen ist. Gleichzeitig haben die Länder Westeuropas bemerkenswerte Fortschritte erzielt in ihren Bemühungen, sich aus den Trümmern des zweiten Welt-

¹⁾ Mutual Security Act of 1951.

kriegen zu erheben und ihre Volkswirtschaften auf einen gesunden und produktiven Stand zurückzuführen. Ende 1953 stand fest, daß die freien Völker der Welt das erfolgreichste Wirtschaftsjahr ihrer Geschichte erlebt hatten. Produktion, Außenhandel und Binnenabsatz hatten den höchsten jemals erzielten Stand erreicht. Die Bevölkerung der freien Welt war besser ernährt und besser gekleidet. Die Arbeitslosigkeit war zurückgegangen, und der Lebensstandard war überall in der freien Welt im Steigen begriffen. Natürlich war ein bedeutender Teil dieses erfolgreichen Wiederaufbaus auf die wirksame Wirtschaftshilfe zurückzuführen, die die USA diesem Teil der Welt im Rahmen des ursprünglichen Marshallplans und später als Beihilfe zum Aufrüstungsprogramm gewährt hatten, die es diesen Ländern ermöglichte, ihr Verteidigungspotential aufzubauen, ohne ihre Wirtschaftskraft einer untragbaren Belastung auszusetzen. Heute können 10 europäische Länder, die früher auf die Hilfe Amerikas angewiesen waren, wirtschaftlich wieder auf eigenen Füßen stehen.

Auf diesen Tatsachen gründet sich meine Ansicht, daß die freien Völker der Welt heute wirtschaftlich und materiell stärker sind, als sie es jemals seit dem Angriff in Korea gewesen sind.

HILFE AN DEN FERNEN OSTEN

Im kommenden Jahr ist beabsichtigt, größeres Schwergewicht auf die Fernostgebiete zu legen. Es gibt dort Völker, die seit Jahrhunderten Not leiden und die nun zum ersten Mal die Freiheit der eigenen Entscheidung besitzen. Wir helfen diesen Völkern bei der Verbesserung ihrer unter dem Existenzminimum liegenden Lebensbedingungen, die ihre Entwicklung bisher verzögert haben. Wir setzen den hohlen Schlagworten der kommunistischen Doktrinäre die Sprache der Tat entgegen. Wir haben unsere Bereitschaft und unseren Wunsch zum Ausdruck gebracht, diese Völker in ihrem Bemühen zu unterstützen, sich selber zu helfen, und wir haben sie unterstützt nicht durch Versprechungen, sondern durch die Tat.

Ich hege den Glauben, daß nichts der Wahrung des Friedens und der Sicherheit in der Welt dienlicher sein kann als unsere Programme zur technischen Zusammenarbeit in den unterentwickelten Gebieten. Zweck dieser Programme ist es, diesen unterentwickelten Gebieten das Wissen und die Erfahrung zu vermitteln, die für eine Aufwärtsentwicklung der Weltwirtschaft unerlässlich sind und von denen die Steigerung des Lebensstandards abhängt. An diese Programme sind keinerlei militärische Bedingungen geknüpft. Es sind Programme, die, wie ich glaube, das ehrliche humanitäre Fühlen des amerikanischen Volkes zum Ausdruck bringen, anderen, Hilfsbedürftigen zu helfen. Durch Generationen hat das amerikanische Volk seine Bereitschaft bewiesen, im Inland wie im Ausland menschlicher Not zu wehren, in Katastrophenfällen — Erdbeben, Überschwemmungen und Hungersnöten — gleichermaßen wie in Zeiten kriegsbedingten Elends.

Humanitäre Gründe sind durchaus wesentlich. Sie sind leicht erkennbar. Es gibt noch andere Gründe, die nicht so leicht erkennbar sind. Im Grunde wissen wir, daß es im eigenen Interesse der USA und der freien Völker liegt, wenn wir uns zur Erreichung gemeinsamer Ziele mit anderen Völkern zusammentun. Unsere Zukunft ist mit ihrem Schicksal verbunden. Es liegt im eigenen Interesse der USA, daß jedes der anderen freien Völker seine Wirtschafts- und Lebenskraft entwickelt und voll an den vielen vor uns liegenden Möglichkeiten teilhat. Wir glauben, daß das Ergebnis so besser ist, je stärker die einzelnen Partner sind. Das Eigeninteresse des einzelnen ist identisch mit dem gemeinsamen Interesse aller.

Wir werden nicht unseren Einfluß oder unsere Stellung ausnutzen, um irgendeinem Land unsere Hilfe aufzuzwingen. Obwohl wir uns als Partner in einem gemeinsamen Unternehmen betrachten, wissen wir, daß wir bei souveränen Nationen zu Gast sind; wir werden nirgendwo hingehen, wo wir nicht erwünscht sind. Die USA erstreben und fördern in Asien starke, wohlhabende und unabhängige Nationen, die frei sind in der Bestimmung über ihre eigenen Institutionen, frei in der Wahl ihrer Führer, frei in der Regelung ihrer Beziehungen zu anderen Völkern auf der Grundlage freiwilliger Zustimmung. Wir glauben, daß jede Nation einen wesentlichen Beitrag zu Frieden, Wohlstand und Fortschritt in der Welt zu leisten hat.

Wir Amerikaner sind zur Einsicht gelangt, daß unser Potential nicht zwischen den beiden Meeren liegt, die unser Land in Ost und West begrenzen, daß es nicht am Ende der letzten geographischen Grenzen liegt, sondern in unserer Fähigkeit und Entschlossenheit, unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten in alle vier Himmelsrichtungen zu verbreiten. Wir haben eingesehen, daß Amerika durch freien Handel, durch stets wachsende Warenströme sich entwickeln und seinen Wohlstand vermehren kann.

Die USA gewähren heute vielen Völkern ihre volle Unterstützung bei der Durchführung langfristiger Pläne zur wirtschaftlichen Entwicklung, und sie werden diese Politik fortführen. Aus der gemeinsamen Verwertung technischen Fortschritts werden Bedingungen entstehen, die zum Anziehungspunkt für Investitionskapital aus vielerlei Quellen werden. Solche wirtschaftliche Entwicklung wird jedem nützen. Der Fortschritt in einem einzelnen Land beschleunigt unser aller Fortschritt.

In Südostasien bieten sich vielfältige wirtschaftliche Möglichkeiten. Die Länder sind reich an Rohstoffen, auf die die moderne Welt angewiesen ist. Es wäre töricht, diese Tatsachen zu übersehen. Ich glaube, daß wir in eine neue Ära eintreten, in der der Handel sowohl dem Käufer als auch dem Verkäufer nützen muß. Wir haben gelernt, daß beide zu leiden haben, wenn das nicht der Fall ist. In dieser neuen Ära können die Rohstoffproduzenten nicht ausgebeutet werden — dafür werden von ihnen selbst gewählte Regierungen sorgen — sondern sie werden den Lohn freier Menschen erhalten und sich die Würde freier Menschen bewahren.

EIN PROGRAMM FÜR DEN FRIEDEN

Nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit arbeiten die USA mit rund 60 anderen freien Völkern zusammen: am Aufbau der Verteidigungskraft gegen Aggression; an der Schaffung wirtschaftlicher Stärke und der Grundlage für eine Ausdehnung der Wirtschaftstätigkeit; an der Entwicklung technischer Verfahren durch den Austausch von Ideen, Wissen und Erfahrungen; an der Förderung steigenden Warenaustausches zwischen den Völkern — dem Schlüssel zu wirtschaftlichem Wohlstand und Wachstum; an der Fortsetzung intensiver Forschung zur Ermittlung der Methoden, nach denen die Wirtschaftskraft und die Erfindungsgabe des Menschen weiterhin für den Fortschritt nutzbar gemacht werden können; an der Überwachung der unheimlichen Gewalt der Atomkraft und an der Lenkung ihres Einsatzes auf friedliche und konstruktive Zwecke.

Am 16. April 1953 erklärte Präsident Eisenhower: „Der Friede, den wir erstreben und der auf der Grundlage ehrlichen Vertrauens und gemeinsamer Anstrengungen der Völker zu errichten ist, kann nicht durch die Waffen des Krieges gestärkt werden, sondern durch

Weizen und Baumwolle, durch Milch und Wolle, durch Fleisch und Bauholz und Reis. Das sind Begriffe, die sich in jede Sprache der Welt übersetzen lassen. Das sind Bedürfnisse, die eine Herausforderung an diese Welt in Waffen darstellen...

Die amerikanische Regierung ist bereit, von ihrer Nation zu fordern, daß sie gemeinsam mit allen anderen Völkern einen erheblichen Teil der durch Abrüstung erzielten Ersparnisse in einen Welthilfs- und -aufbaufonds einzahlt. Der Zweck dieses großen Werkes wäre es, anderen Völkern bei der Erschließung der unentwickelten Gebiete der Erde zu helfen, einen nutzbringenden und fairen Welthandel zu fördern und allen Völkern zu helfen, der Segnungen produktiver Freiheit teilhaftig zu werden.

Die bleibenden Zeugen dieser neuen Art von Krieg wären Straßen und Schulen, Kranken- und Wohnhäuser, Lebensmittel und Gesundheit.

Mit einem Wort: wir sind bereit, unsere Kräfte in den Dienst der Bekämpfung der Not — und nicht der Aufrechterhaltung der Furcht — zu stellen.“

Das britische Commonwealth in englischer Sicht

W. M. Scammell, Bangor/North Wales

Es gibt wenige politische Systeme, die so viel diskutiert und so wenig verstanden werden wie das britische Commonwealth of Nations. Das trifft sowohl für den Engländer selbst als auch für den Ausländer zu. Der erstere, geboren und aufgewachsen in einem England, das gewohnt ist, die überseeischen Angelegenheiten zu bestimmen und zu verwalten, neigt dazu, das Commonwealth ebenso wie viele andere britische Institutionen als etwas Selbstverständliches hinzunehmen. Für ihn bildet es von jeher einen wesentlichen Bestandteil des britischen Lebens — so augenfällig und anscheinend unwandelbar wie das Parlament und die Westminster Abtei. Er ist sich natürlich bewußt, daß diese Länder des Commonwealth einstmals nicht britisch waren, daß sie durch verschiedene Vorgänge wie Entdeckung, Eroberung, Annexion, Erwerb oder Vertrag britisch wurden und geblieben sind. Aber durch welchen rechtlichen und gesetzgeberischen Mechanismus sie heute mit England verbunden und von ihm beherrscht werden, dürfte ihm höchstwahrscheinlich nicht bewußt sein. Es sind mehr familiäre Bande und vertraute Geschehnisse — der Bruder in Kanada, der Onkel auf einer Farm in Neuseeland, der Besuch der Königin in Australien —, die für ihn die Wirklichkeit des Commonwealth ausmachen und mehr bedeuten als Verfassung oder Vertrag. So amorph und undefinierbar wie die englische Verfassung selbst ist auch das Commonwealth ein Teil im Gefüge des britischen Lebens. Der Engländer nimmt es als solches hin. Seine Kenntnis vom Commonwealth ist mehr intuitiv als exakt, und damit gibt er sich im allgemeinen zufrieden.

Für den Europäer ist das britische Commonwealth völlig unbegreiflich. Seine Organisation, die sich jeder

intellektuellen Analyse oder systematischen Formulierung entzieht, geht über sein Verständnis hinaus. Mangels jedes persönlichen Kontakts oder einer direkten Kenntnis des Commonwealth ist seine Schau allzu oft durch Nachrichten und Schilderungen gefärbt, die ihm seine eigene Presse darbietet. Allzu häufig enthalten sie mehr Verzerrungen als Wirklichkeit, denn es ist das Abnorme, das den Stoff für die Nachrichten bildet. Der Engländer, der intuitiv das Gesamtbild der Commonwealth-Beziehungen erfaßt, interpretiert das Abnorme zutreffend, und seine Bedeutung ist ihm klar: Kenya und die Mau-Mau-Aufstände erscheinen ihm in der richtigen Perspektive; Malans Politik der Rassentrennung und des republikanischen Nationalismus werden auf ihr natürliches Maß zurückgeführt. Von Europa aus, durch die europäische Brille gesehen und losgelöst von ihrem Hintergrund, erscheinen solche Abirrungen oft als Symptome der Auflösung und die britischen Maßnahmen als Politik imperialer Repressalien. Allzu sehr ist in Europa noch der Glaube verbreitet, daß der Engländer seine überseeischen Territorien noch im Frühgeist imperialer Herrschaft regiere. Diese falsche Vorstellung gilt besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, und die wirtschaftlichen Beziehungen Großbritanniens zu seinen Dominien und Kolonien werden nur zu oft als das Verhältnis von Herr und Knecht gesehen, eine Vorstellung, die weit von der Richtigkeit entfernt ist. Es ist wichtig, daß die Art des britischen Commonwealth in Europa und besonders in Deutschland verstanden wird. Ein großer Teil der britischen Außenpolitik, sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet, wird bestimmt durch die doppelte Rolle Großbritanniens: einmal als Zentrum einer maritimen Ge-